

eigenen Tradition wie der der katholischen „Schwesterkirche“ gerecht zu werden und weder ökumenische Retardierungsmomente noch einen zu flinken Optimismus zu stärken. Es könnte allerdings sein, daß der ökumenische Gedanke allmählich wieder mehr nach Anstößen als nach „Temperiertheit“ verlangt.

Schwierigkeiten mit Genf

Gerade im Kontext des gesamten synodalen Geschehens der letzten Monate war ein Hinweis von Heintze bei seinen Äußerungen zum Papstamt von Interesse: die Sehnsucht nach sichtbaren Zeichen der Einheit sei gegenwärtig auch in der nicht römisch-katholischen Christenheit groß, „nicht zuletzt wegen der negativen Auswirkungen der in und mit dem Weltrat der Kirchen herrschenden Spannungen und Gegensätze“. Diese Spannungen prägten nicht nur die EKD-Synode entscheidend, sondern machten sich auch auf der Synode der bayerischen und noch mehr der württembergischen Landeskirche stark bemerkbar.

Nachdem das nie ganz ungestörte Verhältnis zwischen der EKD und Genf in diesem Jahr bereits einmal durch die Versendung eines Genfer Hintergrundpapiers zur Lage im südlichen Afrika empfindlich beeinträchtigt worden war (vgl. HK, Juni 1978, 315), spitzten sich die Schwierigkeiten dadurch erneut zu, daß seitens des Weltkirchenrates beschlossen wurde, im Rahmen des Antirassismus-Programms durch gezielte Vergabe von Mitteln im innerrhodesischen Konflikt Position zu beziehen: den Bewegungen von Bischof *Muzorewa* und Pfarrer *Sithole*, die sich auf den Weg der „internen Lösung“ in Übereinkunft mit der weißen Regierung begeben haben, wurden die Zuwendungen entzogen; statt dessen wird die radikale „Patriotische Front“ unterstützt. Diese Parteinahme führte nicht nur in der Bundesrepublik zu heftiger Kritik (u.a. beschlossen die irische Presbyterianische Kirche und die Heilsarmee, ihre Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat vorerst ruhen zu lassen). Um den Sonderfonds wurde und wird dabei nicht

wegen seines bedeutenden Gewichts gestritten (seit 1970 floß von den insgesamt rund 3 Millionen Dollar weitergeleiteter Gelder nur etwas mehr als eine Million ins südliche Afrika!), sondern wegen der mit ihm verbundenen *Prinzipienfragen*. Dabei geht es zur Zeit darum, daß – wie es im Memorandum des Rates der EKD vom 6. November 1978 über das Verhältnis zum Ökumenischen Rat heißt – in Genf eine Entwicklung in Gang zu sein scheint, „die darauf hinausläuft, die zugestandene Ausnahme der Anwendung bewaffneter Gewalt zum ethisch gebilligten Prinzip zu machen“ (vgl. epd-Dokumentation 50–51/1978, S. 76).

Darüber hinaus erhöhten sich die Spannungen mit Genf noch durch das Bekanntwerden der Absicht, den Vertrag mit *Lukas Vischer*, dem Direktor von Faith-and-Order und einem der verdientesten und für die Gesamtökumene wichtigsten Mitarbeiter im Genfer Stab, nicht zu verlängern. Dies wird nicht nur kritisiert, weil man es für eine falsche Personalentscheidung hält, sondern weil man den begründeten Verdacht hegt, daß damit auch eine Entscheidung gegen die in den letzten Jahren wieder verstärkt betonte theologisch-ökumenische Arbeit getroffen wird zugunsten einer noch stärkeren Entwicklung des Ökumenischen Rates im Sinn einer Interessenvertretung der Dritten Welt.

In der EKD gab es heftige Kontroversen über das weitere Verhalten gegenüber Genf, die auf der Sitzung der Synode voll durchschlugen, was zu schar-

fen Konfrontationen führte. Den Plädoyers für kritische Brüderlichkeit und ökumenische Solidarität standen Forderungen nach finanziellen Sanktionen oder gar nach Austritt gegenüber (die württembergische Synode hat an ihren Rechtsausschuß einen Antrag überwiesen, der das Ruhen der Mitgliedschaft zum Ziel hat). Fast unerwartet fand die EKD-Synode dann doch noch zu einer einmütig verabschiedeten Entschließung, in der das erwähnte Memorandum des Rates akzeptiert wurde (darin sprach sich der Rat für die Gemeinschaft mit dem ÖRK aus; nicht die Trennung, sondern das gemeinsame Ringen um Lösungen sei der gebotene Weg), die aber zugleich die Überprüfung des Antirassismus-Programms forderte, „um zu verhindern, daß die Mitarbeit der EKD im ÖRK durch die Diskussion um den Sonderfonds weiter belastet wird“; die anstehenden grundsätzlichen Fragen müßten sowohl innerhalb der einzelnen Kirchen wie im ökumenischen Gespräch geklärt werden.

Recht massive evangelikale Stellungen zu diesem Beschluß der Synode ebenso wie gegenläufige Stimmen zugunsten des Genfer Vorgehens sprechen dafür, daß der Streit noch nicht ausgestanden ist. Wenn es in seinem Verlauf zu Klärungen bezüglich des Verhältnisses zwischen Kirche und Politik kommen sollte, hätte er sogar sein Gutes. Schlimm wäre nur, wenn durch die ständigen Turbulenzen um den Ökumenischen Rat der ökumenische Gedanke selbst unter den protestantischen Christen in Mißkredit geriete.

H. G. K.

Hoffnung in der Krise. Versammlung der französischen Bischöfe 1978

Priesternachwuchs, Ökumene und Glaubensverkündigung waren (in umgekehrter Reihenfolge) die großen Themen der letzten Vollversammlung der französischen Bischöfe. Es war eine dicht gesetzte Tagesordnung, die die Bischöfe wie jedes Jahr im Herbst vom 25. bis 30. Oktober in Lourdes zusammenführte. Neben den genann-

ten Themen standen viele andere Fragen auf dem Programm, z. B. das Verhältnis der Hierarchie zu den kirchlichen Jugendverbänden, insbesondere zu der in Frankreich sehr gewichtigen katholischen Pfadfinderschaft, die wie alle Jugendverbände in letzter Zeit durch innere Spannungen und durch Kritik von außen gekennzeichnet ist.

Die Bischöfe beschäftigten sich auch mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage, vor allem mit der hohen Arbeitslosenzahl (ca. 1300000 im Oktober 1978), hielten sich aber mit Stellungnahmen zu politisch-wirtschaftlichen Fragen zurück. Ökonomisches wurde auch in bezug auf den innerkirchlichen Bereich angesprochen, so der interdiözesane Lastenausgleich, der zugunsten der ärmeren Diözesen verbessert werden soll, und nicht zuletzt die Altersversorgung der Priester.

Katastrophale Überalterung des Klerus

Das wichtigste, dringlichste und zugleich konkreteste Thema war jedoch die Frage des Priesternachwuchses und die Priesterausbildung. Die *Nachwuchssituation* ist seit Jahren mehr als besorgniserregend. Die Überalterung des Klerus nähert sich einer mittleren Katastrophe. Die Zahl der Priesterweihen ist in den letzten Jahren weiter gesunken. Den vorläufigen Tiefstand bildet das Jahr 1977 mit nur 99 Neupriestern, 1976 waren es immerhin noch 136, was aber selbst im Vergleich zur Bundesrepublik (dort wurden im gleichen Jahr 227 Priester geweiht), die trotz eines leichten Aufwärtstrends in den letzten zwei bis drei Jahren ebenfalls keineswegs mit einem Überschuss an geistlichem Nachwuchs gesegnet ist, wenn man die unterschiedlichen Katholikenzahlen bedenkt, weniger als wenig ist. Ein innerfranzösischer Vergleich spricht noch eine deutlichere Sprache. Im Jahre 1900 gab es noch 1740 *Priesterweihen*, im Kriegsjahr 1915 immerhin noch 180. Von 1919 bis 1939 nahmen dann die Priesterweihen wieder zu (von 184 bis 1240), 1947 waren es 1649 (also beträchtlich mehr als heute Seminaristen in allen Ausbildungsjahrgängen zusammen). Zwischen 1965 und 1970 ging die Zahl der Weihen von 646 auf 190 zurück. Im Jahre 1977/78 bereiteten sich in ganz Frankreich nicht mehr als 1151 Theologiestudenten auf den Priesterberuf vor.

Im Jahre 1965 betrug die *Zahl der Priester unter 65 Jahren* noch 34065, im Jahre 1975 nur noch 27131, im

Jahre 1985 sollen es nach einer „Hochrechnung“ nur noch 18000 und im Jahre 1995 gar nur noch 8600 bis 9500 sein. Nach der gleichen Hochrechnung, die vom Pariser Weihbischof *Émile Marcuse* vorgelegt wurde, werden 1985 nur 2 bis 4% den Altersjahrgängen von 30 bis 34 angehören, hingegen 20% den Altersjahrgängen zwischen 70 bis 74 und 8% den Altersjahrgängen zwischen 80 und 84. Der *Nachwuchs für Ordenspriester* ist zwar differenzierter zu sehen, aber die Tendenz ist auch dort insgesamt rückläufig. Die Entwicklung der Weihen von Ordenspriestern in den Jahren 1975, 1976, 1977: 70, 65, 52. Eine einigermaßen stabile Nachwuchssituation haben nur die großen Mönchsorden neben einigen Ordensgemeinschaften neuester Gründung aufzuweisen, während der Aderlaß besonders bei den Missionsorden noch größer als bei den Weltpriestern ist.

Kardinal *François Marty* richtete bereits in seiner öffentlichen Predigt zu Beginn der Bischofsversammlung einen Appell an die französischen Katholiken, alle in der Kirche möchten mehr besorgt um den geistlichen Nachwuchs sein. Aber über *allgemeine Diskussionen* und den Slogan: „Gott wirbt an, es lohnt sich“ kamen in der Frage der Nachwuchswerbung die Überlegungen offenbar nicht hinaus. Die seit längerer Zeit in der Öffentlichkeit geführte Diskussion zeigt aber, daß die Nachwuchskrise größtenteils eine *Widerspiegelung des Verhältnisses von Kirche und Jugend* ist. Die Jugendlichen suchen nach Aufgaben ihrer Wahl, tun sich aber schwer, sich mit der Kirche als Institution und als ganzer zu identifizieren. Im übrigen scheint in Frankreich auch die *Krise des Selbstverständnisses des Geistlichen* noch lange nicht überwunden zu sein. *P. Muchery*, der Leiter des nationalen Zentrums für geistliche Berufe, formulierte es so: Die einschlägige Frage laute seit einigen Jahren nicht mehr „Wie Priester sein?“, sondern „Warum Priester sein?“

Ein konkretes Zeichen setzten die Bischöfe für die Priesterausbildung. Sie verabschiedeten fast einmütig eine neue Studienordnung für die französi-

schen Priestertheologen, die veröffentlicht werden soll, wenn sie von Rom genehmigt ist.

Ökumenische Zwischenbilanz

Eine besondere Note erhielt die diesjährige Vollversammlung durch das Thema *Ökumene*. Ihm wurde ein voller Beratungstag gewidmet. Die Bedeutung des Themas wurde aber nicht nur durch diese Sonderbehandlung unterstrichen. Sie kam auch in der Anwesenheit hoher ökumenischer Gäste zum Ausdruck. Zum erstenmal nahmen nicht nur untergeordnete nicht-katholische ökumenische Beobachter an der Vollversammlung der Bischöfe teil, sondern die Spitzen der nichtkatholischen christlichen Kirchen und Gemeinschaften, so Pastor *Jacques Maury*, der Präsident des französischen Protestantensbundes, und Erzbischof *Meletios*, der Vorsitzende des interorthodoxen Komitees Frankreichs, und *Max Thurian* von der Gemeinschaft von Taizé. Vom römischen Einheitssekretariat nahmen dessen Vizepräsident, Erzbischof *Ramón Torrela Cascante*, und der stellvertretende Sekretär, Pater *Pierre Duprey*, teil.

Angesichts der Anwesenheit so hoher Beobachter aus dem Bereich der Ökumene sprach der wiedergewählte Vorsitzende der Konferenz, Erzbischof *Roger Etchegaray*, von einem „historischen Ereignis“. Was aber in Lourdes wirklich vor sich ging, war nicht mehr und nicht weniger als eine recht nüchterne Bestandsaufnahme. Der Bischof von Autun und Vorsitzende der Ökumene-Kommission der Bischofskonferenz, *Armand François Le Bourgeois*, ortete *Widersprüche* in der gegenwärtigen ökumenischen Situation. Den Jugendlichen erscheine Ökumene heute vielfach als „ein Rückzugsgefecht zwischen Strukturen und Systemen, die sie nicht mehr interessieren“. Viele praktizierten einen *wilden Ökumenismus* jenseits kirchlicher Strukturen. Der Ökumenismus, so Bischof *Le Bourgeois*, scheine in Frankreich zu stagnieren. Die Verantwortlichen würden massives Desinteresse, Unbe-

weglichkeit und Enttäuschung konstatieren. Andererseits dürfe nicht übersehen werden, daß es eine voranschreitende Ökumene sowohl an der Basis wie an der Spitze gebe. Vor Ort habe sie sich diversifiziert, sei vielfältiger geworden, während der theologische Ökumenismus mit „Riesenschritten“ vorangehe. Zum Beweis dafür führte der Bischof an, daß gegenwärtig nicht weniger als zwanzig grundlegende theologische Themen in den diversen Gremien des nationalen und internationalen ökumenischen Dialogs verhandelt würden. Intensiv werde nach einem übereinstimmenden Verständnis der anzustrebenden Einheit gesucht. Die These der Kommission von Glaube und Kirchenverfassung über die „konziliare Einheit“ und die „Communio-Ekklesiologie“ des Zweiten Vatikanums würden in dieselbe Richtung weisen.

Aber Bischof Le Bourgeois macht auch das *Gefälle zwischen der von vielen nicht verstandenen theologischen Ökumene und ihrer Umsetzung in das kirchliche Handeln* bewußt. Er sprach bedauernd von einer „Banalisierung des Ökumenismus“ in der öffentlichen Meinung. Die gegenwärtige ökumenische Situation sei mit einem Verhältnis „ewiger Verlobter“ verglichen worden. In einem solchen Verhältnis herrschten üblicherweise die „Gewohnheiten einer alten Ehe“. Er selbst aber meinte, man sollte besser von „Konkubinat“ sprechen, denn von einem sakramentalen Vollzug der Ehe sei man noch weit entfernt.

Konkret diskutiert wurden in Lourdes unter anderem die Frage der Interkommunion, die Möglichkeit der Gründung eines französischen Kirchenrats, die Situation in den Mischehen. In Fragen der *Interkommunion* wurde eine klare Grenze gezogen: Das Band zwischen Glaube und Eucharistie sei dergestalt, „daß nur jene zusammen kommunizieren können, die vollständig den Glauben miteinander teilen“. Fast wörtlich hat sich übrigens jüngst auch *Johannes Paul II.* bei seiner ersten Audienz für das römische Einheitssekretariat geäußert (vgl. dazu ds. Heft, S. 57). Die Gründung eines *Kirchenrats* steckt noch in den

Anfängen. Es gibt offenbar Zweifel, ob ein solcher Rat überhaupt sinnvoll und praktikabel sei. Es handle sich, so hieß es, angesichts der zahlenmäßigen Größe der katholischen Kirche in Frankreich um zu ungleiche Partner. Erreicht werden müsse „mit einem Minimum an Strukturen ein Maximum an Wirksamkeit“.

Die Schwierigkeiten, in denen die Ökumene gegenwärtig insgesamt steckt, wurden nicht verschwiegen. Bischof Le Bourgeois faßte sie in dem nachdenklichen Satz zusammen: „Je weiter wir in unserem Dialog fortgeschritten sind, um so mehr Punkte entdecken wir, an denen wir feststellen müssen, daß es Sackgassen gibt.“ Für einen neuen Schritt plädierte Erzbischof Torrella Cascante: Es gelte nun eine *gemeinchristliche Ekklesiologie* (ecclésiologie de communion) zu entwickeln und von wirklicher, wenn auch unvollständiger Gemeinschaft zwischen heute noch getrennten christlichen Kirchen zu sprechen. P. Duprey gab entsprechend einer seit längerem erkennbaren römischen Grundtendenz dem *Verhältnis zu den Orthodoxen* den Vorrang. Er wollte das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und Orthodoxie als „ökumenischen Test“ verstanden wissen. Da das Verständnis beider Kirchen so nahe beieinander liege, müßten durch ein Scheitern der Annäherungsversuche zwischen Katholiken und Orthodoxen auch die Gespräche mit den weiter entfernten Kirchen kompromittieren.

Eine neue Glaubensvorlage

Nicht weniger intensiv beschäftigten sich die Bischöfe mit Fragen der *Glaubensverkündigung*, die hier nur kurz angedeutet werden können. Es ging dabei vor allem um drei Bereiche bzw. um drei Projekte. Das wohl wichtigste war eine „Glaubensvorlage der Bischöfe für die Katholiken Frankreichs“. Der Beschluß, einen solchen Text zu erarbeiten, liegt schon eine längere Zeit zurück. Er wurde unter der Verantwortung von vier Bischöfen in inhaltlicher Anlehnung an das Vierte Eucharistische Hochgebet ausgearbeitet und wurde in Lourdes mit 111 von

114 Stimmen angenommen. Nach einer letzten redaktionellen Überarbeitung soll er demnächst veröffentlicht werden. Der Text stellt kein neues Glaubensbekenntnis dar, er will im eigentlichen Sinn auch keine Kurzformel des Glaubens sein, sondern als „Bezugstext“ zum Glaubensbekenntnis für die Erwachsenen verstanden werden, der das Wesentliche des Glaubens in einer für die heutigen Lebensverhältnisse aktualisierten Form in einer Mischung von Gebet und Bekenntnis wiedergeben soll.

Diskutiert wurde auch ein *neuer Grundtext für die Kinderkatechese*. Der Beschluß, einen solchen herauszugeben, fiel bereits auf der Vollversammlung im Herbst 1977. Verabschiedet werden soll der Text zusammen mit einem Buch, das die wesentlichen Glaubenstexte in für die Katechese aufbereiteter Form enthalten wird, erst auf der nächsten Vollversammlung.

Eine eigene Erklärung veröffentlichten die Bischöfe zum *Religionsunterricht in den Schulen* (vgl. Wortlaut „La Croix“, 1./2. 11. 1978). Sie äußern darin ihre Sorge in Zusammenhang mit der Veränderung des Wochenrhythmus in den Schulen. Durch den Wegfall des bisher freien Donnerstags zugunsten des verlängerten Wochenendes und durch die einzuhaltenen Zeiten für die Schulbusse werde die Erteilung von Religionsunterricht (auf freiwilliger Basis) grundsätzlich gefährdet. Mit Nachdruck wenden sie sich gegen die für den Religionsunterricht nachteiligen Begleiterscheinungen der „fortlaufenden“ Schulwoche (semaine continue). Durch sie werde das von der Verfassung garantierte Recht auf religiöse Unterweisung kompromittiert und schließlich möglicherweise gar zum Verschwinden gebracht. Dies könnten die Bischöfe nicht zulassen. „Sie verlangen, daß die religiöse Unterweisung für alle Jugendlichen möglich bleibt. Es muß ihr ausdrücklich eine Zeit im Rahmen der Schulstundenpläne reserviert werden.“ Es gelte dabei, „das Recht der Jugendlichen auf eine ausgewogene Existenz und auf die Freiheit der Gewissen“ zu gewährleisten.

Trotz großer Besorgnis über Mangel- und Stagnationserscheinungen in der französischen Kirche fehlte es nicht an Zeichen der Hoffnung. Die Vollversammlung zeigte sich vom Unerwarteten der beiden Konklave beeindruckt. Kardinal Marty hatte „als alter Mann, der ich bin“, dem schon in der Eröffnungspredigt Ausdruck gegeben: „Überraschende Kirche! Sie begeistert mich wie in den Jahren meiner Jugend.“ Die Kirche sei im Wandel. Niemand könne das leugnen. Und sie

wandle sich, weil sie treu sein will. Treue aber sei kein Immobilismus. Er sagte aber auch: Die Kirche würde untreu, wenn sie sich damit zufriedengebe, sich zu wiederholen. Nüchtern faßte der Vorsitzende, Erzbischof Etchegaray, angesichts der vielen angeschnittenen Fragen und der noch unkenntlichen Entwicklung in seiner Schlußrede zusammen: Er habe den Eindruck, die Bischöfe stünden „vor einem großen weißen Blatt“. D. S.

Sozialisten nach den nächsten Wahlen; er machte mehrmals deutlich, daß die Schonzeit zugunsten einer politischen Stabilisierung der jungen Demokratie das Referendum nicht lange überdauern werde, es sei denn, die Demokratie gerate durch eine Eskalation des Terrors oder einen drohenden Staatsstreich in Gefahr.

Der Vorbehalt vieler Basken (das Baskenland war auch die einzige Provinz, wo die Befürworter der Verfassung in Minderheit blieben) gegen die von Vertretern beider Parlamentskammern ausgearbeitete Verfassung gilt dem Passus (Artikel 148) über die zukünftigen „autonomen Gemeinschaften“, der die historischen Rechte der Basken nicht in vollem Umfang berücksichtige. Den Ultrarechten hingegen geht die in der Verfassung garantierte Autonomie der Volksgruppen entschieden zu weit; außerdem, so hieß es in ihren Kundgebungen, habe die neue Verfassung einen „atheistischen“ Charakter.

Dieser Vorwurf trifft ins Zentrum der Diskussionen und Auseinandersetzungen der vergangenen 18 Monate um den Verfassungstext. Die erste nicht von einer Minderheit diktierte Verfassung Spaniens entstand in Anlehnung an die Grundgesetze älterer Demokratien, aber auch aus schwer errungenen Kompromissen der ideologisch auseinanderstrebenden politischen Kräfte in Spanien. Zugunsten einer breiten gemeinsamen Basis verzichteten die Linksparteien und das Zentrum in mancher strittigen Frage auf Kampf-abstimmungen, so daß solche Streitfragen ausgeklammert blieben. Das Ergebnis war nach Aussage der Verfasser ein für beide Seiten akzeptabler Text, auf dessen Grundlage alle im Parlament vertretenen Parteien regieren könnten.

Abschied vom katholischen Staat. Die Kirche und das Referendum in Spanien

Die große Mehrheit der rund 25 Millionen wahlberechtigten Spanier hat in dem Referendum vom 6. Dezember für eine neue Verfassung, die siebte in der Geschichte des Landes, gestimmt, die die „Leyes Fundamentales“ des Franco-Regimes endgültig ablöst. Eine dem Verfassungstext angehängte Übergangsbestimmung sieht vor, daß der Ministerpräsident nach Annahme der Verfassung durch das Volk die Möglichkeit hat, innerhalb von 30 Tagen seinen Rücktritt einzureichen und das bis zu Neuwahlen im Jahre 1981 amtierende Parlament um das Vertrauensvotum zu bitten. Andernfalls werden die Parlamentskammern aufgelöst und Neuwahlen angesetzt.

Zustimmung aller großen Parteien

Die Volksabstimmung über die von den beiden Parlamentskammern am 31. Oktober angenommene Verfassung war für das demokratische Spanien das herausragendste politische Ereignis nach den Wahlen vom 15. Juni 1977. Die großen politischen Parteien des Landes wie auch die Regierung hatten in den Wochen vor dem Referendum eine breite Kampagne zugunsten der neuen Verfassung durchgeführt. Lediglich Gruppen der äußersten Rechten, darunter der rechte

Flügel der im Parlament vertretenen „Volksallianz“ des ehemaligen Franco-Ministers Fraga, die Trotzkiisten und die linksseparatistischen Parteien im Baskenland empfahlen, gegen die Verfassung zu stimmen. Die Baskische Nationale Partei PNV warb unter ihrer breiten Anhängerschaft ebenso wie linksextremistische Splittergruppen um Stimmenthaltungen. Die Führer der sozialistischen und der kommunistischen Partei, *Felipe Gonzalez* und *Santiago Carrillo*, reisten zu Kundgebungen in die baskischen Provinzen, um auch dort eine Mehrheit der Bevölkerung für die Verfassung zu gewinnen.

Der Terror baskischer Separatisten, aber auch rechtsextremistischer Gruppen überschattete in den Monaten vor dem Referendum die Zuversicht der demokratischen Kräfte, mit dieser „Verfassung der Versöhnung“ werde der Graben zwischen den beiden Spanien des Bürgerkriegs überwunden werden. Die Radikalisierung im Baskenland, von Ministerpräsident *Adolfo Suarez* als „größtes politisches Problem Spaniens“ titulierte, hinderte die sozialistische Partei PSOE daran, noch vor dem Referendum den „consenso politico“ mit der regierenden Zentrumsunion aufzukündigen. PSOE-Generalsekretär Gonzalez hofft auf eine Parlamentsmehrheit der

Jeder entscheide nach seiner politischen Neigung

Die *Bereiche Religion und Kirche* bedurften in der neuen Verfassung aufgrund der historisch gewachsenen spezifischen Beziehung von Kirche und Staat in Spanien einer besonderen Beachtung. In der Folge des Zweiten